

Bericht der Verwaltung
für die Sitzung
der Deputation für Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L)
am 13.05.2013

**Sachstandsbericht zu Zielsetzung, Zeitplan und Kostenrahmen
eines integrierten Verkehrssicherheitskonzepts**

In der Sitzung der Bremischen Bürgerschaft (L) am wurde 23.01.2013 beschlossen:

1. ein integriertes Bremer Verkehrssicherheitskonzept zur Senkung der Unfall- und Opferzahlen ressortübergreifend zu entwickeln und in den parallel zu entwickelnden Verkehrsentwicklungsplan (VEP 2015) zu integrieren, das
 - a) konkrete und realistische Ziele zur Senkung der Unfallzahlen und entsprechende Maßnahmen, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen, benennt.
 - b) Vergleichszahlen aus anderen Städten heranzieht, die eine vergleichbare Größe und Verkehrsinfrastruktur aufweisen.
 - c) eine wirksame Kampagne für mehr Rücksicht unter den Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern beinhaltet.
2. den Deputationen für Inneres und Sport, sowie für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie bis zum Ende des 1. Quartals 2013 Bericht zu erstatten über die Zielsetzung, den Zeitplan und den Kostenrahmen dieses Konzepts.

Sachdarstellung:

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und der Senator für Inneres und Sport werden ein integriertes Verkehrssicherheitskonzept entwickeln. Dieses basiert auf dem zurzeit bearbeiteten Verkehrsentwicklungsplan (VEP).

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass eine bestmögliche Verkehrssicherheit ein vorrangiges Ziel aller dafür zuständigen Ressorts und Ämter ist und sein muss. In allen Projekten ist die Verkehrssicherheit ein zentrales Element. Zur ihrer Verbesserung finden u.a. kontinuierlich der Umbau von Knotenpunkten statt, vor allem um Fußgänger und Radfahrer besser zu schützen.

Präventionsmaßnahmen finden regelmäßig statt. Auch repressive Maßnahmen zur Einhaltung von Verkehrsregeln werden regelmäßig durchgeführt.

Kooperationen zwischen verschiedenen Ressorts, insbesondere zum Ausbau der Fahrradsicherheit bei Kindern, z.B. Fahrradführerschein an Grundschulen, Verkehrsschule, Kampagne für mehr Rücksicht im Verkehr, werden dabei gefördert.

In der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie wurden am 11. Oktober 2012 die Ziele des Verkehrsentwicklungsplans einstimmig beschlossen.

„Verkehrssicherheit und soziale Sicherheit bei der Nutzung erhöhen“ ist eines der sechs Oberziele. Folgende Unterziele konkretisieren dieses Oberziel:

2.1 Anstreben Vision Zero (Keine Verkehrstoten)

2.2 Fördern der Unversehrtheit bei der Nutzung aller Verkehrsmittel und -einrichtungen

2.3 Verbessern der Sicherheit von Fußgängern auch gegenüber Fahrradfahrern

2.4 Verbessern der Sicherheit von Fahrradfahrern gegenüber dem motorisierten Verkehr

Aufbauend auf der Analyse der Chancen und Mängel werden im VEP Szenarien entwickelt und die Auswirkung unterschiedlicher Maßnahmenbündel im Hinblick auf die Zielerreichung bewertet. Ein Handlungskonzept soll abschließend Schwerpunkte in der Umsetzung und hinsichtlich der Prioritäten setzen. Der Abschluss des VEP ist bis Mitte 2014 vorgesehen.

Aufbauend auf dem VEP wird als Schwerpunkt ein integriertes Verkehrssicherheitskonzept als Maßnahmenpaket entwickelt werden. Durch dieses wird eine Reduzierung der Verkehrstoten um 40 % bis zum Jahr 2020 im Vergleich zum Jahr 2010 angestrebt, wie von der EU-Kommission empfohlen. Es soll auch ein realistisches Ziel zur Senkung der Schwerverletzten entwickelt und festgelegt werden. Darüber hinaus wird sich das Konzept an der grundsätzlichen Zielsetzung orientieren, für Bremen die Realisierung der „Vision Zero“ anzustreben.

Die Vorgehensweise zu diesem Konzept befindet sich in der Abstimmung. Zum Vergleich der Situation Bremens werden Daten vergleichbarer Städte herangezogen.

Ziel ist es, ein effektives Konzept zu entwickeln. Aufbauend auf einer Analyse der Unfallsituation sollen dabei nach Möglichkeit räumliche, thematische und jährliche Schwerpunkte gesetzt werden. Dieses modulare Konzept soll jährlich weiterentwickelt und aktualisiert werden. Durch die Ziele des VEP ist eine Intensivierung und Verstärkung in der Verkehrssicherheitsarbeit über die bisherige Praxis im Rahmen der Verkehrsunfallkommission hinaus vorgegeben.

Die Unfallstatistik bietet erste Daten, letztendlich ist aber die gesamte Verkehrsentwicklung und die Änderung des Verkehrsverhaltens zu analysieren.

Der Kostenrahmen kann noch nicht näher bestimmt werden.

Beschlussvorschlag

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.